



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Reinhard Brandl, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Netzentwicklungsplan Strom

Postfach 100572

10565 Berlin

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 77 971

☎ (030) 227 – 76 558

✉ reinhard.brandl@bundestag.de

Wahlkreis

Unterer Graben 77

85049 Ingolstadt

☎ (0841) 93 80 411

☎ (0841) 16 56

✉ reinhard.brandl@wk.bundestag.de

www.reinhard-brandl.de

Berlin, 26.05.2014

Stellungnahme zum ersten Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2014

Mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme bin ich einverstanden

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2011 wurde in einem großen gesellschaftlichen und politischen Konsens die Energiewende beschlossen. Dieser breite Konsens entbindet Investoren und die öffentliche Hand nicht davon, für jede einzelne Infrastrukturmaßnahme, die in diesem Zusammenhang geplant ist, eine grundsätzliche Akzeptanz bei den betroffenen Bürgern vor Ort zu gewinnen. Zwei wichtige Voraussetzungen dafür sind, dass die technische Notwendigkeit und die wirtschaftlichen Hintergründe nachvollziehbar sowie transparent dargelegt werden.

Beim Netzausbau besteht die besondere Herausforderung darin, dass die technische Notwendigkeit für die Öffentlichkeit und auch für die politischen Verantwortungsträger nur bedingt überprüfbar ist. Wir sind diesbezüglich auf die Empfehlungen der Netzbetreiber, die die Verantwortung für den sicheren Betrieb der Netze tragen, sowie der Bundesnetzagentur, als zuständige Aufsichtsbehörde, angewiesen.

Im Fall der Planung einer Gleichstrompassage Süd-Ost von Bad Lauchstädt nach Meitingen besteht der Verdacht, dass im Vorfeld der Beratungen zum Gesetz über den Bundesbedarfsplan die technische Notwendigkeit und die wirtschaftlichen Hintergründe bewusst einseitig dargestellt worden sind, um eine Aufnahme des Projekts in den Bundesbedarfsplan zu erreichen.



In allen maßgeblichen Dokumenten (Netzentwicklungspläne 2012 und 2013 sowie in der Bestätigung durch die Bundesnetzagentur) wird als technischer Grund für die Notwendigkeit der Trasse durchgehend nur der Ausbau von Erneuerbaren Energien angeführt. Die Darstellung der wirtschaftlichen Folgen im Falle einer Nichtrealisierung beschränkt sich ebenfalls auf den Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Bedeutung der Trasse für die konventionelle Stromerzeugung wird nicht erwähnt.

[...] Ohne die Errichtung und Betriebsbereitschaft dieser HGÜ-Verbindung bestünden zunehmend Netzengpässe sowohl in Thüringen und Sachsen-Anhalt als auch in Bayern. Dies hätte zur Folge, dass Onshore-Windenergieanlagen und PV-Anlagen in dieser Region zum Teil erheblichen Einspeiseeinschränkungen unterworfen wären. Damit würden diese EE-Anlagen wirtschaftlich entwertet bzw. wären nicht gemäß den ausdrücklichen Zielstellungen von Politik und Gesetzgeber einsetzbar. Der weitere Ausbau regenerativer Energieerzeugung würde zudem behindert.

Die geplante HGÜ-Verbindung wird eine wesentliche netztechnische Voraussetzung für die Übertragung der erwarteten Leistungszubauten von Onshore-Windenergieanlagen und PV-Anlagen schaffen. Der Korridor D ist für die Umsetzung der Energiewende erforderlich, um die Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen in Ostdeutschland direkt in die Bedarfsregionen Süddeutschlands zu transportieren. Mit anderen Maßnahmen, insbesondere Optimierungen im vorhandenen Netz oder Neubauten außerhalb des Untersuchungsraumes, kann der mit dem Vorhaben verfolgte Zweck technisch nicht sinnvoll erreicht werden. [...]

Quelle: „Netzentwicklungsplan Strom 2013“ (erster Entwurf vom 02. März 2013)

Diese Begründung lag auch dem Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag zugrunde:

[...]

Vorhaben 5: Lauchstädt – Meitingen

Das Vorhaben 5 sieht eine Neubaumaßnahme zwischen dem Umspannwerk Lauchstädt und dem Umspannwerk Meitingen vor. Es soll eine Ausführung in der HGÜ-Technologie (VSC) mit einer Transportleistung von 2 Gigawatt erfolgen. Durch einen massiven Zubau Erneuerbarer Energien in den ostdeutschen Bundesländern kommt es zu Engpässen im Transport von Strom nach Süddeutschland.



Überdies reduziert das Vorhaben ungeplante Stromflüsse von Nordostdeutschland über Polen und Tschechien nach Süddeutschland, entlastet damit die Übertragungsnetze der genannten Länder und stärkt damit die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland und den östlichen Nachbarländern.

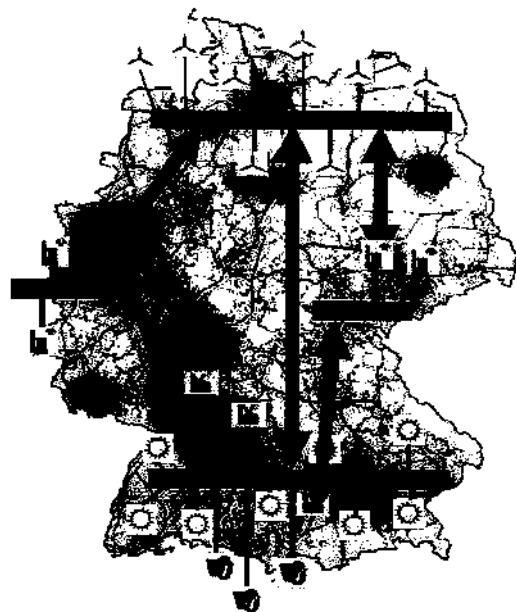
[...]

Quelle: Deutscher Bundestag (Drucksache: 17/12638), Seite 19

Nach der Verabschiedung des Gesetzes hat das Unternehmen Amprion GmbH dann selbst auf Informationsveranstaltungen Folien präsentiert, die eine andere technische Begründung und damit auch einen anderen wirtschaftlichen Hintergrund für die Trasse nahelegen.

Was sind die Kernelemente des Netzausbaus?

- Windparkanbindung im Norden an ein leistungsstarkes, regionales Ost-West-Netz (AC) → Windsammelschiene
- Integration der Solarenergie im Süden durch regionale Netzverstärkung (AC) → Solarsammelschiene
- Integration der gesicherten Leistung durch die konv. Kraftwerke im Westen und Osten (AC)
→ Sammelschiene „Gesicherte Leistung“
- Verbindung der Sammelschienen mit HVDC-Leitungen
- Je nach Wetterlage kann so Nord-, Mittel- oder Süddeutschland mit Strom aus Erneuerbaren Energien versorgt werden
- Bei ungünstigem Wetter kann die Versorgungs-Aufgabe sichergestellt werden
- Alpine Pumpspeicher stabilisieren das System mit der schnell regelbaren Leistung



Quelle: Amprion GmbH, Informationsveranstaltung in Donauwörth, 4. Februar 2014



Diese veränderte Begründung der Maßnahme (Sammelschiene „Gesicherte Leistung“) und die Art und Weise, wie den betroffenen Bürgern und politischen Verantwortungsträgern vor Ort scheinbar feststehende Trassenverläufe präsentiert wurden, hat zu massiven und nachhaltigen Protesten geführt („Keine Trasse für Braunkohle!“). Dazu kommt, dass wesentliche Fragen, wie z.B. zu dem Strommix, den Abständen der Trasse zur Wohnbebauung, den Folgen des Eingriffs für die Landwirtschaft und den Naturschutz, nicht oder nur unzureichend beantwortet werden konnten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es im Ergebnis nicht gelungen ist, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Trasse für die Energiewende zu überzeugen. In den betroffenen Regionen herrscht mittlerweile eine Atmosphäre des Misstrauens und der Ablehnung. Ich sehe angesichts dessen keinen Weg, wie für diese Maßnahme noch Akzeptanz gewonnen werden kann. Das Vorhaben ist damit faktisch gescheitert.

Sehr geehrte Damen und Herren, mir ist sehr wohl bewusst, dass für ein Gelingen der Energiewende die Stromnetze angepasst und ausgebaut werden müssen. Als Abgeordneter habe ich im Parlament deswegen auch diesem Teil der Energiewende zugestimmt. Dennoch halte ich die Vorgehensweise der Amprion GmbH für nicht akzeptabel und lehne die Trasse ab. Das Unternehmen hat durch seine Informationspolitik auf breiter Front Vertrauen in die Netzausbauplanung zerstört und damit keinen positiven Beitrag zum Gelingen der Energiewende geleistet.

Mit freundlichen Grüßen